

Wie sauber ist das Trinkwasser?

Das erste Aarauer Bevölkerungsanliegen fordert mehr Transparenz bei der Eniwa.

Florian Wicki

Mit der Teilrevision der Aarauer Gemeindeordnung, die im Januar 2024 in Kraft getreten ist, wurde ein wichtiges neues Instrument eingeführt. Und zwar ein Partizipationsinstrument, das Bevölkerungsanliegen. Damit können zehn Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere auch Minderjährige und Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, gemeinsam beim Einwohnerrat ein Thema einreichen, das im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegt.

Bislang wurde das neue Instrument aber noch nie verwendet. Das ändert sich nun: Am Montag hat der Aarauer Julius Felix das erste Bevölkerungsanliegen beim Sekretariat des Einwohnerrats eingereicht. Felix ist im Vorstand der SP Aarau und kandidiert für den Einwohnerrat. Sein Vorstoss dreht sich ums Trinkwasser: Die Energieversorgerin Eniwa AG, in Aarau auch für das Wasser zuständig, soll «künftig alle während eines Jahres erhobenen Trinkwasserqualitätsberichte öffentlich zugänglich» machen. Inklusive der jeweils gesetzlich festgelegten Höchstwerte der untersuchten Stoffe, «damit die Bevölkerung die Resultate einfach und sachgerecht einordnen kann». Da die Eniwa ein privates Unternehmen ist, kann sie nicht einfach so dazu gezwungen werden. Die Stadt als Hauptaktionärin wird aufgefordert, durch die Vertretung des Stadtrats im Verwaltungsrat zumindest «politisch darauf hinzuwirken».

Kein Angriff, sondern Verbesserungsvorschläge

Es ist nicht so, dass die Eniwa Stand heute keine Daten zur Sauberkeit und Qualität des Trinkwassers publiziert. Sie tut das einfach einmal pro Jahr. Felix begründet sein Anliegen damit, er wisse, dass die Eniwa «mehrmals jährlich detaillierte Messungen» durchführe, «insbesondere zu Chlorothalonil-



Ein Vorstoss aus der Bevölkerung fordert, dass die Eniwa häufiger über den Zustand des Aarauer Trinkwassers spricht.
Symbolbild: Keystone

Metaboliten (Chlorothalonilsulfonsäure)». Rückstände des Fungizids Chlorothalonil, obwohl schon 2020 in der Schweiz verboten, sind im Landwirtschaftskanton Aargau relativ häufig im Trinkwasser anzutreffen. Just 2024 wurden die Grenzwerte verschärft.

Ebenso geht es Felix um die krebserregende Substanzgruppe PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen), sogenannte Ewigkeitschemikalien, die in der Natur oder auch im Körper kaum abgebaut werden. Felix schreibt: «Obwohl die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden, besteht in der Bevölkerung ein berechtigtes Interesse an grösserer Transparenz, Nachvollziehbarkeit und zeitnahe Zugang zu den erhobenen Daten.»

Auf Anfrage erklärt Felix, das Thema betreffe ihn persönlich: «Ich gehöre zu den Menschen, die zu Hause fast ausschliesslich Hahnenwasser trinken.» Zudem

sei ihm wichtig, dass man mehr über das Thema Wasserqualität spricht. Er findet, die Schweiz sei in dieser Hinsicht blauäugig unterwegs: «Wir gehen einfach davon aus, dass das Trinkwasser sauber ist – ohne die nötige Transparenz kann man sich aber nicht sicher sein.» Gleichzeitig hält Felix aber fest: «Das ist kein Angriff auf die Eniwa, die sich ja an die gesetzlichen Vorschriften hält.» Er sehe einfach Verbesserungsmöglichkeiten.

Und schliesslich habe das Thema auch eine soziale Komponente, so Felix: «Gerade einkommensschwache Schichten, die sich kein abgefülltes Wasser leisten können, sind auf die Sauberkeit von Trinkwasser angewiesen.» Gerade beim Stichwort PFAS macht sich Felix zunehmend Sorgen: «Meines Wissens kontrolliert die Eniwa ihr Trinkwasser nicht systematisch auf PFAS.» Das sei in den letzten Jahren nur einmal geschehen, nämlich 2021. Felix: «Die Eniwa

hat gar nicht die Messgeräte, um solche Tests regelmässig durchzuführen.»

Mit dem Einreichen des Bevölkerungsanliegens ist das Thema für Felix nicht abgeschlossen. Nicht nur, weil der Stadtrat sein Anliegen nun innert sechs Monaten beantworten muss und der Einwohnerrat nachher darüber diskutiert. Er könnte sich vorstellen, später auch weitere Vorstösse zu diesem Thema einzureichen: «Wenn man die Daten hat, kann man sich überlegen, was verbessert werden muss – sei es beim Thema Messungen oder auch bei der Wasseraufbereitung.»

Die Eniwa sieht den Vorstoss laut einer Sprecherin eher kritisch: «Für uns stellt sich die Frage, ob es zielführend ist, häufiger und mehr Daten zu publizieren oder ob dies eher zu Verwirrungen und Unsicherheiten führt. Diese Frage werden wir mit dem Amt für Verbraucherschutz besprechen.»

Finanzen in neuen Händen

Stadtrat in Lenzburg gibt die Ressortverteilung bekannt.

Michael Hunziker

Der Stadtrat in Lenzburg hat die Ressorts für die kommende Amtsperiode 2026–29 verteilt. In der neuen Zusammensetzung sei auf Kontinuität und Kompetenzen geachtet worden sowie auf die Präferenzen der einzelnen Mitglieder, steht in einer Medienmitteilung. «Der Stadtrat ist überzeugt, dass die beschlossene Zuteilung eine solide Grundlage für eine konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit im Stadtratskollegium in den kommenden vier Jahren bildet und es ermöglicht, die bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen zielgerichtet anzugehen», ist festgehalten.

Aufteilung von Hoch- und Tiefbau

Der neue Stadtkammann Andreas Schmid (FDP) wird dem Ressort «Präsidiales und Stadtentwicklung» vorstehen. Er ist damit zuständig für die Bereiche Führungsunterstützung, Stadtkanzlei und Einwohnerdienste, Stadtplanung und Hochbau, Immobilien, Kies sowie Forst. In seiner bisherigen Funktion als Vizeammann war Schmid für die Finanzen verantwortlich. Diese übernimmt ab der kommenden Amtsperiode die frisch gewählte Stadträtin Christina Bachmann-Roth (Die Mitte). In ihren Zuständigkeitsbereich gehören weiter das Regionale Steueramt, das Betriebsamt Lenzburg Seetal sowie Tiefbau und Verkehr.

Während der Bereich Bau bisher im Ressort des scheidenden Stadtkammanns Daniel Mosimann (SP) zusammengefasst

war, werden Hochbau und Tiefbau neu aufgeteilt. Warum? Mit der Schulraumplanung, der Entwicklung der Gebiete Aabach Nord und ABB-Areal stehen grosse Projekte an, die von stadtplanerischer Relevanz seien und bei denen stadteigene Liegenschaften betroffen seien, antwortet Andreas Schmid. Mit einer Aufteilung könnten Synergien geschaffen werden zwischen den Bereichen Immobilien sowie Stadtplanung und Hochbau.

Drei Bisherige behalten ihre Ressorts

Keine Veränderungen gibt es bei den weiteren bisherigen Stadtratsmitgliedern: Sven Ammann (FDP) bleibt Vorsteher des Ressorts «Kultur und Sicherheit», Barbara Portmann-Müller (GLP) des Ressorts «Bildung» und Beatrice Taubert-Baldinger (SP) des Ressorts «Soziales, Gesellschaft und Gesundheit».

«Die Stadtratsmitgliederblicken erwartungsvoll auf die kommende Legislaturperiode und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik und Bevölkerung», heisst es abschliessend.

Bei den Stadtratswahlen Ende September wurden zwar fünf Stadtratsmitglieder sowie der neue Stadtkammann gewählt, nicht aber der neue Vizeammann. Für das Amt kandidierten Beatrice Taubert-Baldinger sowie Christina Bachmann-Roth. Sie lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, keine erreichte das absolute Mehr. Beide stellen sich auch beim zweiten Wahlgang am 30. November erneut zur Verfügung.



Der neu zusammengesetzte Stadtrat.
Bild: André Albrecht

Hans Peter Dössegger soll Ehrenbürger werden

An der Gemeindeversammlung in Seon steht die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den scheidenden Gemeindeammann zur Diskussion.

Michael Hunziker

Das langjährige Engagement des scheidenden Gemeindeammanns Hans Peter Dössegger soll gewürdigt werden: Die Stimmberechtigten in Seon entscheiden über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts. Dieses sei die öffentliche Anerkennung für den unermüdlich geleisteten Einsatz für die Gemeinde und die riesige Leistung, heisst es in den Unterlagen. Der Gemeinderat habe allergrössten Respekt und Hochachtung.

SVP-Politiker Dössegger gehört dem Gemeinderat seit April

1996 an, seit Anfang 2018 amtiert er als Gemeindeammann. Vor einem Jahr gab er bekannt, dass er sich nicht mehr für die kommende Amtsperiode zur Wahl stellen wird.

Grosses Fachwissen war sehr wertvoll

Dössegger habe sein Amt mit viel Empathie und dem notwendigen Sachverstand ausgeführt, hält der Gemeinderat fest. Die angenehme Zusammenarbeit und das grosse Fachwissen seien sehr wertvoll gewesen: für den Gemeinderat genauso wie für die Gemeindeverwaltung,



Hans Peter Dössegger.
Bild: Michael Hunziker

die Aussenstellen, den Forstbetrieb sowie insbesondere die Bevölkerung.

Die Nachfolge an der Spitze der Gemeinde wird neu Peter Siegenthaler (parteilos) antreten. Bei den Wahlen Ende September hat er sich durchgesetzt gegen den amtierenden Vizeammann Otto Walti (parteilos) sowie Gemeinderätin Christine Iten (FDP).

1,25 Millionen für die Schulhaus-Teilsanierung

Weiter zur Diskussion stehen an der Gemeindeversammlung am Donnerstag, 20. November, mehrere Kredite: 660'000 Franken für den Ausbau Salzweg; 781'000 Franken für Infra-

strukturmassnahmen Neulenstrasse/Giessi; 751'000 Franken für die Wassernetzerschliessung Seon-Hallwil; 1,25 Millionen Franken für die Teilsanierung Schulhaus Hertimatt 2.

Das Schulhaus wurde 1996 erstellt und später erweitert. Trotz des Alters sei der Zustand gut, führt der Gemeinderat aus. Mängel bestehen aber bei den Elektroinstallationen sowie beim Wärmeschutz. Durch den Ersatz könnten der reguläre Schulbetrieb für die nächsten Jahre gesichert und die umfassende Gesamtsanierung des Gebäudes um mehrere Jahre auf-

geschoben werden, so die Behörde.

Das Budget 2026 weist ein Minus von knapp 23'400 Franken aus. Der Steuerfuss soll unverändert bei 108 Prozent bleiben. Budgetiert ist der Gesamtsteuerertrag mit rund 16,16 Millionen Franken – und damit um rund 565'000 Franken über dem Budgetwert 2025. Bei den Sondersteuern rechnet der Gemeinderat mit höheren Erträgen. «Dies insbesondere bei den Grundstückgewinnsteuern, da der Immobilienmarkt in Seon weiterhin sehr lebendig ist», wie es in den Unterlagen heisst.